



Beschlussvorlage

| GB / AZ / Sachbearbeiter | | | | | Datum | | | |
|--------------------------|----------------|------|----------|----------------|------------|------|----------------|------------------------------|
| Bm | | | | | 09.11.2011 | | | |
| Beratungsfolge | Sitzungstermin | TOP | öffentl. | nicht öffentl. | zugestimmt | | | abweich. Beschluss s. Rücks. |
| | | | | | ja | nein | noch unbekannt | |
| Hauptausschuss | 08.11.2011 | a.o. | | X | | | | X |
| Stadtrat | 14.11.2011 | 8 | X | | | | | |

Gespräche mit der Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel zur Erörterung der Möglichkeiten einer Fusion der Stadt Boppard mit der Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel

(Beschlussvorschlag)

Der Stadtrat nimmt den Beschluss des Verbandsgemeinderates der Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel vom 29. September 2011 zur Kenntnis und erklärt, dass vor der Aufnahme weiterer Gespräche über die Möglichkeiten einer Fusion von keinem der beteiligten Gesprächspartner im Vorfeld Bedingungen gestellt werden können.

Der Stadtrat spricht sich für die Fortsetzung der Gespräche für einen freiwilligen Zusammenschluss der verbandsfreien Stadt Boppard mit der Verbandsgemeinde St. Goar - Oberwesel auf Grundlage des zuletzt mit Vertretern der Verbandsgemeinde St. Goar - Oberwesel geführten Gesprächs am 07.09.2011 in Boppard aus.

Beratungsergebnis

| | | | | | | | | |
|-------------------------------------|--|----|------|--------------|------------|---|---|--|
| Gremium | | | | | Sitzung am | | TOP | |
| | | Ja | Nein | Enthaltungen | | | | |
| <input type="checkbox"/> Einstimmig | <input type="checkbox"/> Mit Stimmenmehrheit | | | | | <input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag | <input type="checkbox"/> Abweichender Beschluss | |

Abweichender Beschluss:

(Problembeschreibung/Begründung/Finanzierung)

1. Das Erste Landesgesetz zur Kommunal- und Verwaltungsreform des Landes Rheinland-Pfalz vom 28. September 2010 hat die Zielsetzung, unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung „die Leistungsfähigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit und die Verwaltungskraft der verbandsfreien Gemeinden und der Verbandsgemeinden im Interesse einer bestmöglichen Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger durch Gebietsänderungen verbessert werden.“ In dem Gesetz heißt es weiter: „Eine ausreichende Leistungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Verwaltungskraft haben in der Regel

1. verbandsfreie Gemeinden mit mindestens 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und
2. Verbandsgemeinden mit mindestens 12.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.“

Am maßgeblichen Stichtag 30. Juni 2009 hatte die Stadt Boppard 16.278 Einwohner und ist somit von dem Gesetz nicht unmittelbar betroffen. Hingegen hatte die Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel an diesem Stichtag 9.615 Einwohner und ist somit unmittelbar von der Kommunal- und Verwaltungsreform betroffen, ebenso wie die benachbarte Verbandsgemeinde Rhens im Landkreis Mayen-Koblenz mit 8.820 Einwohnern.

Aufgrund der Betroffenheit der benachbarten Verbandsgemeinden Rhens sowie St. Goar-Oberwesel hat das Ministerium des Innern und für Sport im Mai 2010 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dornbach und Partner beauftragt, Gutachten zu einem modellhaften Zusammenschluss der verbandsfreien Stadt Boppard einerseits mit der Verbandsgemeinde Rhens und andererseits mit der Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel zu einer Verbandsgemeinde zu erstellen, wobei jeweils alternativ dargestellt werden soll, dass bei einer Variante die Stadt Boppard als Einheitsgemeinde in eine fusionierte größere Verbandsgemeinde eintritt und in einer zweiten Variante als Einheitsgemeinde aufgelöst wird und in Umwandlung der Ortsbezirke in 10 selbstständige Ortsgemeinden in eine fusionierte größere Verbandsgemeinde eintritt. Einschränkend weisen die Gutachten darauf hin, dass die Umwandlung der verbandsfreien Stadt Boppard in eine Verbandsgemeinde mit Ortsgemeinden eines Landesgesetzes bedarf, da die Gemeindeordnung eine solche Umwandlung nicht vorsieht.

2. Die Gutachten haben herausgestellt, dass die Stadt Boppard eine wesentlich höhere Steuer- und Finanzkraft als die benachbarten Verbandsgemeinden hat und dementsprechend im Falle einer Fusion mit der Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel jährlich 742.000 € an die bisherige Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel abgeben müsste. Im Falle der Verbandsgemeinde Rhens wären es 523.000 €, die aus dem Gebiet der heutigen Stadt jährlich in das Gebiet der Verbandsgemeinde Rhens fließen würden. Diese Summen würden voraussichtlich im Laufe der nächsten 30 Jahre geringer werden, wenn durch die Zusammenlegung der Verwaltungen Einsparmöglichkeiten realisiert werden.

3. Die Verbandsgemeinde Rhens hat sich zwischenzeitlich dazu entschieden, mit der Verbandsgemeinde Untermosel Verhandlungen über eine Fusion in der Freiwilligkeitsphase zu führen, die dem Vernehmen nach vor dem Abschluss stehen, so dass eine Fusion der Verbandsgemeinde Rhens mit Boppard nicht in Betracht kommt.
4. Aufgrund eines Beschlusses des Verbandsgemeinderates St. Goar-Oberwesel vom 26. Mai 2011 hat Bürgermeister Thomas Bungert der Stadt Boppard ein Gesprächsangebot unterbreitet mit dem Ziel, gemeinsam die Möglichkeiten einer Fusion der Stadt Boppard mit der Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel zu erörtern. Aufgrund eines Beschlusses des Hauptausschusses vom 07. Juni 2011 hat der Bürgermeister dieses Gesprächsangebot angenommen und zu einem Gespräch nach Boppard eingeladen. Seitens der Stadt Boppard nahmen neben dem Bürgermeister die Beigeordneten, die Vorsitzenden der fünf Stadtratsfraktionen sowie jeweils ein weiterer Vertreter der beiden großen Fraktionen an diesem Gespräch am 07. September 2011 teil.
5. Bei diesem Gespräch wurden verschiedene Aspekte einer möglichen Fusion besprochen. Insbesondere wurde von allen Vertretern der Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel einhellig die Auffassung vertreten, dass die Auflösung der Einheitsgemeinde keine Bedingung für eine mögliche Fusion sei. Ebenso sollte auch der Status der Städte St. Goar und Oberwesel mit ihren jeweiligen Ortsbezirken im Rahmen einer möglichen Fusion nicht zwingend verändert werden.

Der in der Anlage beigefügte anschließende Beschluss des Verbandsgemeinderates St. Goar-Oberwesel vom 29. September 2011 weicht nun insoweit von dem Gesprächsergebnis am 07. September ab, als dass nunmehr von der Stadt Boppard „ein klares Signal im Hinblick auf die Bereitschaft zur Auflösung als verbandsfreie Stadt und der Umwandlung in eine Verbandsgemeinde mit selbstständigen Gemeinden erfolgt“.

6. Auf die beigefügte Veröffentlichung im amtlichen Teil der Mittelrhein-Nachrichten vom 06. Oktober 2011 wird ebenfalls verwiesen.





DER BÜRGERMEISTER
DER VERBANDSGEMEINDE ST. GOAR-OBERWESEL

Herrn Stadtbürgermeister
Dr. Walter Bersch
Stadtverwaltung Boppard
Karmeliter Straße 2
56154 Boppard

Oberwesel, 06. Oktober 2011

| | | | |
|-------------------------|----|-----|----|
| Stadtverwaltung Boppard | | | |
| 10. Okt. 2011 | | | |
| I | II | III | Bt |

Sehr geehrter Herr Dr. Bersch,

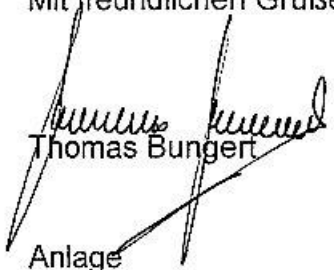
unter Bezugnahme auf den bisherigen Schriftwechsel und die bisher geführten Gespräche teile ich Ihnen mit, dass sich der Verbandsgemeinderat St. Goar – Oberwesel in seiner letzten Sitzung am 29. September 2011 erneut mit dem Thema einer möglichen Fusion unserer beider Gebietskörperschaften eingehend beschäftigt hat. Hierbei hat der Verbandsgemeinderat seinen bereits einstimmig gefassten Beschluss erneut bestätigt, dass eine Fusion für uns nur in Frage kommt, wenn die Stadt Boppard als verbandsfreie Gemeinde ihren diesbezüglichen Status aufgibt und sich in eine Verbandsgemeinde mit selbständigen Gemeinden umwandelt.

Einen Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Verbandsgemeinderates vom 29. September 2011 fügen wir in der Anlage bei.

Einer Rückmeldung Ihrerseits, ob die dortigen Beschlussgremien mit dieser Maßgabe einverstanden sind, sehen wir mit großem Interesse entgegen.

Sofern dies der Fall ist, sollten wir die Gespräche umgehend fortführen.

Mit freundlichen Grüßen


Thomas Bungert

Anlage

Auszug

aus der Niederschrift über die öffentliche Sitzung
des Verbandsgemeinderates der VG St. Goar – Oberwesel
vom 29.09.2011

An Fachbereich 1

am: 05.10.2011

TOP 3: Aktuelles zur Kommunalreform; Beratung über die Ergebnisse der Gespräche mit der Stadt Boppard

Bürgermeister Bungert erläutert ausführlich den bisherigen Beratungsstand und geht auf die Ergebnisse der Gespräche mit der Stadt Boppard ein. Hierbei geht er auf die Vorgaben des Landes in sachlicher und zeitlicher Hinsicht ein und weist darauf hin, dass bei konkreten Verhandlungen auch ein Verfahren zur Bürgerbeteiligung abgestimmt werden muss. Außerdem weist er darauf hin, dass am Ende der Verhandlungen das Quorum durch Entscheidungen aller Verbandsgemeinderäte, Stadträte und Ortsgemeinderäte zu erfüllen ist, deren formale Hürden im Gesetz entsprechend festgelegt sind. Der Vorsitzende dankt den Teilnehmern an der Gesprächsrunde mit der Stadt Boppard für die Geschlossenheit, die im Gegensatz zu den mit unterschiedlichen Meinungen aus dem Bereich der Stadt Boppard im Verlaufe des Gesprächs sehr deutlich wurde. Er wünsche sich sehr, dass diese Geschlossenheit beibehalten wird und der VGR ihm durch eine möglichst einstimmige Entscheidung ein formuliertes Verhandlungsziel mit auf den Weg geben sollte. Einen diesbezüglichen Beschlussvorschlag habe er erarbeitet und will ihn nach Abschluss der heutigen Beratung vorstellen.

In der sich anschließenden regen Diskussion wird deutlich, dass zunächst abgewartet werden muss, ob die Stadt Boppard überhaupt an einem Zusammenschluss interessiert ist, insbesondere im Hinblick auf die hiesige Vorgabe, dass eine Fusion nur bei Umwandlung von einer verbandsfreien Stadt in eine Verbandsgemeinde in Frage kommt. Dass von dieser Vorgabe des VGR St. Goar – Oberwesel, unabhängig von der Art und Weise der bisherigen Formulierung, nicht abgewichen werden soll, darüber war sich das Ratsgremium letztendlich einig.

Auf Antrag der SPD-Fraktion erfolgt eine Sitzungsunterbrechung von 5 Minuten.

Beschluss:

Der Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde St. Goar - Oberwesel bekräftigt sein Angebot an die Stadt Boppard zu weiteren Verhandlungen wie im Beschluss vom 26.05.2011 dargelegt. Vor dem Eintritt in weitere Gespräche mit dem Ziel, die positiven Möglichkeiten einer Fusion konkret zu verhandeln, wird die Erwartung verbunden, dass seitens der Gremien der Stadt Boppard ein klares Signal im Hinblick auf die Bereitschaft zur Auflösung als verbandsfreie Stadt und der Umwandlung in eine Verbandsgemeinde mit selbständigen Gemeinden erfolgt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig (21 Ja-Stimmen)



boppard
am Rhein auf der Höhe

Presseauschnitt

vom: 6.10.11

- Rund um Boppard
- Rhein-Hunsr.-Zeitung
- Rhein-Hunsr.-Anzeiger
- Lokalanzeiger
- Bad Salziger Wochenz.

Mittelrhein Nachrichten

Verteiler:

B, II

St. Goar-Oberwesel reicht erneut die Fusions-Hand nach Boppard und erwartet nun eindeutiges Signal:

■ Parteübergreifende Einmütigkeit im Oberweseler Rathaus

„Er könnte im Vorfeld einer möglichen Fusion zu den historisch bedeutendsten Verbandsgemeinderatsbeschlüssen in der über 40-jährigen Geschichte der Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel werden“, sagte Verwaltungschef Thomas Bungert gestern Abend nach der Sitzung des Verbandsgemeinderates St. Goar-Oberwesel unserer Zeitung. Gemeint war damit ein (erneut!) einstimmiger Beschluss „seines Rates“ das Angebot an die Stadt Boppard zu weiteren Fusions-Verhandlungen zu bekräftigen. Der exakte Beschluss lautet (Zitat): „Der Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel bekräftigt sein Angebot an die Stadt Boppard zu weiteren Verhandlungen wie im Beschluss vom 26.05.2011 dargelegt. Vor dem Eintritt in weitere Gespräche, mit dem Ziel die positiven Möglichkeiten einer Fusion konkret zu verhandeln, wird die Erwartung verbunden, dass seitens der Gremien der Stadt Boppard ein klares Signal im Hinblick auf die Bereitschaft zur Auflösung als verbandsfreie Stadt und der Umwandlung in eine Verbandsgemeinde mit selbstständigen Gemeinden erfolgt.“ Bürgermeister Thomas Bungert hatte allen Grund zur Freude. Sein flammender Appell für eine weiterhin sachliche, harmonische Diskussion im Blickfeld einer weitsichtigen Lösung zu einem sinnvollen freiwilligen Zusammenschluss von Boppard und St. Goar-Oberwesel, zu Beginn der Beratungen zu TOP 3 (Aktuelles zur Kommunalreform; Beratung über die Ergebnisse der Gespräche mit der Stadt Boppard“), hatte gefruchtet. Thomas Bungert: „Ich bin glücklich und sehr zufrieden. Der Verbandsgemeinderat hat erneut mit einstimmigem Votum aufgezeigt, dass man in einer so wichtigen Angelegenheit im Sinne einer positiven Zukunft vieler Bürger am Mittelrhein und auf den Rheinhöhen, nicht polemisch wirken, sondern zukunftsweisend und überparteilich denken und handeln muss.“ Dies dürfte auch ganz im Sinne des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur sein. In einem Schreiben vom 16.09.2011 weist es noch einmal in aller Deutlichkeit darauf hin: Eine freiwillige Gebietsänderung von verbandsfreien Gemeinden oder Verbandsgemeinden erfordert übereinstimmende Willensbekundungen. Dass man sich in der interfraktionell besetzten „Kommission Kommunal- und Verwaltungsreform St. Goar-Oberwesel“ bereits im Vorfeld sehr intensiv mit der Thematik beschäftigt hat, beweist die relativ kurze Beratungsdauer zu diesem Tagesordnungspunkt. Im Rahmen der Diskussion wurde aber -durch die Bank aller Fraktionen- einmütig vehement bekräftigt: Die VG St. Goar-Oberwesel, ist sowohl aufgrund ihrer hervorragenden Finanzsituation, als auch aufgrund ihrer Gesamtstruktur durchaus auch alleine überlebensfähig. Alle Fraktionen gehen in großer Einmütigkeit davon aus, dass die Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe geführt werden müssen. Des Weiteren herrschte ebenso Einmütigkeit darüber: Bevor man sich über einzelne Fusionsthemen z.B. Vermögen, Körperschafts- und Standortfragen etc. unterhalten kann, müssen zunächst klare Willensbekundungen zu einem Fusionsziel getroffen werden. Die Bopparder sind also nun am Zug sich vor Eintritt in weitere Fusionsgespräche klar zu äußern, ob man ernstem Willens bereit ist, an einer sinnvollen Gebietsfusion im Sinne des Gemeinwohls zu arbeiten. Die Zeit bis zum 30.06.2012, in der es möglich sein wird sich freiwillig „zu lieren“ und eine mögliche „Hochzeitsprämie“ zu erhalten, ist knapp genug.